



SOZietät
JÜRGEN GEILING
&
PARTNER GbR

Steuerberater · vereid. Buchprüfer · Rechtsanwälte



Infobrief Polen

Steuerberater und vereid. Buchprüfer Jürgen Geiling
Rechtsanwalt Christian Geiling

Goethestraße 8	Schmidstraße 16
93413 Cham	94234 Viechtach
Tel.: 0 99 71 / 85 19-0	Tel.: 0 99 42 / 94 71-0
Fax: 0 99 71 / 85 19-19	Fax: 0 99 42 / 94 71-10
eMail: cham@jgp.de	eMail: viechtach@jgp.de

www.jgp.de
www.infoforum-polen.de

Cham, *September/Oktober 2008*

Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Regierung will mit 140 Verordnungen bestehende Gesetze lockern

Noch in diesem Monat wird die Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk vier Gesetzespakete mit insgesamt 140 Verordnungen vorstellen. Darin sollen vor allem bisherige Gesetze gelockert werden, wie polnische Medien berichten.

So enthält das erste Gesetzespaket etwa Verordnungen, die die bisherige umständliche Form der Ausweisung der Mehrwertsteuer VAT vereinfachen sollen, oder auch einfache Baugenehmigungen erleichtern sollen. Das zweite Paket enthält Verordnungen, die das Rentensystem und das Gesundheitswesen reformieren sollen.

Das dritte Gesetzesbündel soll mehrere Kompetenzen von Wojewodschaftsebene auf die Gemeinden und Kommunen übertragen. Im vierten und letzten Paket sollen vor allem Firmengründungen erleichtert werden.

Regierungschef Donald Tusk (PO) zeigte sich zuversichtlich über den Erfolg des Regierungsvorhabens und appellierte an Staatspräsident Lech Kaczynski um eine gute Zusammenarbeit in dieser Beziehung. Die Gesetzespakete enthalten bislang keine Reform der Wahlverordnung. Ursprünglich sollten Wahlkreise mit einem Mandat entstehen, die von der Regierung wegen der schlechten Aussichten auf die Durchsetzung im Sejm, gekippt wurden.



2. Ab 2011 soll es in Polen keinen Zloty mehr geben

Der Ministerpräsident Polens kündigte an, dass Polen im Jahre 2011 offiziell der Eurozone beitreten werde, so Donald Tusk auf einer Wirtschaftskonferenz in Krynica Zdroj.

An den internationalen Finanzmärkten speulierte man auf einen Beitritt zur Eurozone nicht vor 2015, immerhin hatte die polnische Regierung den angestrebten Zeitraum bisher nicht deutlich bekannt gegeben.

Slowenien, Malta und Zypern sind bisher die einzigen Länder die der EU gemeinsam mit Polen in 2004 beitraten und den Euro bereits eingeführt haben.

3. Kaczynski schiebt EU-Reformvertrag auf

Nach dem irischen Veto zum EU-Reformvertrag von Lissabon hat nun auch Polens Staatspräsident Lech Kaczynski die Unterzeichnung vorerst verweigert.

Obwohl das polnische Parlament den Vertrag bereits angenommen hat wird Präsident Kaczynski vorerst warten bis Irland den Vertrag unterzeichnet.

Kurz zuvor hatte auch die Tschechische Republik die Unterzeichnung des EU-Reformvertrages verweigert, ebenfalls nachdem sich die Iren zurückzogen.

Die Situation in Tschechien ist schwieriger da der tschechische Senat das Verfassungsgericht mit der Überprüfung des Vertrages beauftragt hat. Ein Gutachten, das beurteilt, ob der EU-Reformvertrag mit dem tschechischen Grundgesetz zu vereinbaren ist, steht hier noch aus.

Die Bedenken des Staatspräsident Lech Kaczynski stehen in starkem Kontrast zu der Befürwortung des Vertrages durch Polens Regierungschefs Donald Tusk und beiden Parliamentshäusern.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich sehr gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen
Sozietät Jürgen Geiling & Partner GbR
durch

Christian Geiling, MBA
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht

